– Bei Ihnen hilft es nicht? Das kann sein. – Warum ich das überhaupt anspreche, könnten Sie sich jetzt fragen. Ich kann es Ihnen sagen: Anhand des erstens Satzes erkennt man bereits, dass Sie den Antrag einfach nur mal so heruntergeschrieben haben. Sie haben sich mit dem Thema leider nicht ernsthaft befasst. Genau das ist das Bedauerliche daran. Denn das Thema ist ernst. Im Rheinischen Revier stehen Zehntausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel.

Den Grundstein dafür, dass diese Menschen verunsichert sind, haben Sie, liebe SPD, und auch die Grünen in der letzten Legislaturperiode gelegt. Der Tagebau Garzweiler wurde verkleinert. Im Hambacher Forst haben Sie die Kriminellen gewähren lassen. Damit haben Sie die Basis für die Arbeitsplätze vor Ort zerschlagen.

Jetzt fordern Sie in vielen Anträgen mehr Programme für die Arbeitslosen, mehr Straßen etc. Diese Art der Politik ist an Zynismus nicht mehr zu überbieten.

(Beifall von der AfD)

Das Einzige, was Sie mit Ihren Anträgen machen, ist, Ihre Politik der letzten Jahre zu verschleiern.

Herr Middeldorf kommt dann noch an und sagt: Wenn die Kohlekommission jetzt beschließt, das Ganze schneller zu beenden, dann ist das eben so. – Wo ist denn der Kampfeswille der NRW-Koalition, Herr Minister Pinkwart? Warum setzten Sie sich nicht in Berlin dafür ein, dass der Tagebau verlängert wird? Das wäre Ihre Aufgabe.

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

Glauben Sie mir, liebe SPD: Wir vergessen nicht, dass Sie die Malocher im Revier im Stich gelassen haben. Und die Malocher vergessen es auch nicht.

(Frank Sundermann [SPD]: Das ist der Satz!)

– Ja, Sie warten immer darauf; ich weiß. Aber dafür stehe ich ja hier. – Wir stehen zu den Arbeitsplätzen im Revier. Wir kämpfen dafür, dass diese noch lange erhalten bleiben. Wir kämpfen auch dafür, dass das noch weiter so bleibt – trotz Kohlekommission. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Wüst das Wort.

Hendrik Wüst, Minister für Verkehr: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin versucht, zu sagen: Verehrter Herr Korrektoren-Sohn! – Die Antragsteller haben es vielleicht mit der Rechtschreibung nicht so genau genommen. Das mag sein. Trotzdem verdient der Antrag eine inhaltliche Auseinandersetzung.

Kommt man auf Seite 2 an, sieht man, dass gefordert wird, Maßnahmen in den vordringlichen Bedarf – Engstellenbeseitigung – aufzunehmen. Das ist eine ehrenwerte, gute Idee. Allein: Eine Vielzahl der beschriebenen Maßnahmen steht genau dort drin. Deshalb hat der eine oder andere hier auch schon zu Recht kritisiert, dass da offensichtlich hastig gearbeitet worden ist.

Im Prinzip ist die Idee aber nicht verkehrt, darüber zu sprechen, wie man strukturpolitisch auch mit verkehrspolitischen Projekten im Rheinischen Revier für eine gute Zukunft sorgen kann. Dass Sie diese Idee etwas später hatten als die Kohlekommission, macht sie ja nicht schlechter.

Deswegen ist es vielleicht gar nicht so schlecht, wenn wir das einmal im Ausschuss diskutieren. Dann sind Sie nachher auch auf dem neuesten Stand der Diskussion. Vielleicht finden wir gemeinsam auch noch die eine oder andere Idee, die bisher noch keiner hatte. Es ist also noch nichts verloren – trotz der fünf Rechtschreibfehler im ersten Satz. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Wüst. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Antrag nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache sind.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt, den **Antrag Drucksache 17/4292** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung** – federführend –, an **den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen** sowie an den **Verkehrsausschuss** zu **überweisen**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich darf fragen, wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Gegenstimmen und Enthaltungen sind nicht festzustellen. Damit ist der Antrag Drucksache 17/4292 einstimmig überwiesen.

Wir kommen somit zu:

4 Mehr adaptiven Bevölkerungsschutz statt Klimanationalismus – Landesregierung muss Rheinvertiefung auf den Weg bringen und Kohlenstoffsteuer verhindern

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/4295

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der AfD dem Abgeordnetenkollegen Vogel das Wort. Bitte sehr.

Nic Peter Vogel (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 2./3. Januar dieses Jahres: Sturmtief „Burglind“ jagt mit Orkanböen über Nordrhein-Westfalen.

Am 8. Januar dieses Jahres vermeldet Köln einen Pegelstand von 8,78 m. Die Folge: Katastrophe für die Wirtschaft und für die Umwelt. Denn die Binnenschifffahrt konnte nicht mehr maßgeblich operieren. Warum für die Umwelt? – Weil die Güter natürlich auf weniger umweltfreundliche Verkehrsträger geladen werden mussten.

Dann kam die Dürre von April bis Oktober dieses Jahres, und wir haben keine Niederschläge mehr verzeichnen können. Am 28. September vermeldete Bonn dann einen Pegelstand von nur noch 86 cm. Auch hier gab es wieder sehr negative Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Umwelt, und diesmal haben es auch die Verbraucher hautnah an der Zapfsäule erfahren können.

Jetzt kommen wir zu der sogenannten Rheinvertiefung, bei der es sich natürlich nicht um eine komplette Vertiefung handelt, sondern mit der nur partiell Engpassstellen beseitigt werden. Ungefähr 100.000 Binnenschiffe passieren die Grenze bei Emmerich jedes Jahr. Wenn wir es schaffen, eine Abladeoptimierung von nur 30 cm zu bewerkstelligen, dann sparen wir uns 800.000 Lkw jedes Jahr. Für die Schnellrechner: Das sind ungefähr 2.200 pro Tag. Das wäre doch schon mal ein guter Schritt nach vorne.

(Beifall von der AfD)

Jetzt ist es so, dass dies im Bundesverkehrswegeplan für 2030 längst avisiert und terminiert wurde. Allerdings fordern die Industrie- und Handelskammern sowie viele andere kluge Köpfe, jetzt endlich mal zu beginnen. Sonst werden wir das Ganze nämlich nicht realisieren können. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, Manpower und auch die nötigen Mittel lockerzumachen. Herr Wüst, übernehmen Sie!

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Dr. Untrieser das Wort. Bitte sehr.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Damit, ob es den Klimawandel gibt oder nicht, beschäftigen wir uns ja öfter hier im Plenum oder auch in den Ausschüssen.

(Helmut Seifen [AfD]: Den gibt es, aber nicht menschengemacht!)

– Ich wusste, dass Sie das sagen. Aber weltweit befasst sich ja eine große Anzahl von Wissenschaftlern mit dem Klimawandel. Allein der IPCC, also der Weltklimarat, trägt die Ergebnisse von Zehntausenden Veröffentlichungen aus der Forschung zu Ursachen, Folgen und Risiken von Klimawandel zusammen. Er verfasst dann Sachverstandsberichte und Sonderberichte, die Grundlage einer weltweiten Klimapolitik geworden sind.

Natürlich gibt es auch Wissenschaftler, die Zweifel an diesen Aussagen haben, die den menschengemachten Klimawandel nicht als belegt ansehen oder die Fragezeichen hinter Forschungsergebnisse machen. Was hätten wir denn auch für eine Wissenschaft, wenn sie das nicht täte? Denn Wissenschaft lebt ja vom Suchen nach Wahrheit, von Versuch und Irrtum, von Falsifizieren oder Verifizieren. Die Wissenschaftsgeschichte selbst ist voll von spektakulären Irrtümern. Keine Theorie und kein Wissenschaftler kann deswegen für sich in Anspruch nehmen, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein.

Von daher ist es schon verwunderlich, dass Sie das wieder in Ihren Antrag hineinschreiben und glauben, es gäbe nur diese eine Wahrheit. Aber darum geht es mir eigentlich hier gar nicht. Denn wenn es darum gehen würde und Sie wirklich Interesse daran hätten, dann müssten Sie nicht hier sitzen, sondern würden selber in die Wissenschaft gehen und Forschung zum Klimawandel betreiben.

Wir hier als Politiker haben eine ganz andere Rolle, eine ganz andere Aufgabe. Daher – das werde ich Ihnen jetzt auch belegen – kann es für Politiker die einzig logische und die einzig rationale Entscheidung sein, Klimaschutz zu betreiben. Warum ist das so? – Es hat etwas zu tun mit Wahrscheinlichkeitstheorie oder auch Spieltheorie.

Denn wenn wir es mal ganz vereinfacht darstellen, dann haben wir zwei Varianten in der Wissenschaft: Entweder die Wissenschaftler haben recht, die sagen, es gibt keinen menschengemachten Klimawandel, oder die Wissenschaftler haben recht, die sagen, es gibt einen menschengemachten Klimawandel. Auf der anderen Seite haben Sie zwei Handlungsalternativen: Entweder wir bekämpfen den Klimawandel, oder wir bekämpfen den Klimawandel nicht.

Daraus können Sie eine wunderbare Vier-Felder-Matrix basteln.

In der Variante 1 – die Wissenschaft stellt fest, dass es keinen menschengemachten Klimawandel gibt – haben Sie die Handlungsvariante 1a: Sie betreiben

Klimaschutzpolitik. In dem Fall tätigen Sie natürlich Investitionen. Das ist vielleicht auch teuer. Sie haben den Umbau der ganzen Gesellschaft, das also, was wir machen. Aber da es den Klimawandel so nicht gibt, haben Sie das vielleicht umsonst gemacht. Am Ende sind wir trotzdem noch in einer guten Lage. Die Welt geht nicht unter.

Variante 1b: Sie haben nichts gegen den Klimawandel getan. Aber da es den Klimawandel auch nicht gibt, sind Sie in 50 bis 100 Jahren immer noch gut dabei.

Dann gibt es aber die Variante 2: Die Wissenschaft – das werden wir in 50 oder 100 Jahren erfahren haben – hat recht damit gehabt, dass es den Klimawandel gibt, hat diese Gefahr erkannt und hat uns das immer dargelegt. Sie haben dann wieder diese zwei Handlungsvarianten.

Variante 2a: Sie haben etwas gemacht, wiederum investiert usw. Dann haben Sie erfolgreich dazu beigetragen, dass die Klimakatastrophe eben nicht eingetreten ist – auch wenn es etwas gekostet hat, auch wenn es Anstrengungen gekostet hat.

Variante 2b: Sie haben nichts gemacht. Sie sind das Risiko eingegangen, obwohl Ihnen Wissenschaftler gesagt haben: Passen Sie auf, das kann gefährlich werden. – Dann haben Sie wirklich eine große Katastrophe im Jahr 2050 oder 2100.

Wir kennen die Wahrheit und die Zukunft nicht. Die meisten Wissenschaftler sagen: Ja, es gibt den Klimawandel. Aber ob das jetzt 80 %, 90 % oder 95 % sind, kann uns eigentlich ganz egal sein, denn es ist entscheidend, was wir tun.

Vor diesem Hintergrund stellen Sie sich noch einmal die Handlungsvarianten vor. Die eine Variante ist: Sie machen etwas. Sie sind auf jeden Fall auf der sicheren Seite. Die andere Handlungsvariante ist: Sie machen nichts. Dann ist zumindest die 50%ige Wahrscheinlichkeit gegeben, dass es richtig in die Hose geht und dass Sie großen Schaden anrichten.

Vor diesem Hintergrund entspricht es der Logik und ist die einzige vernünftige Entscheidung und die einzige ethisch richtige Handlungsweise, dass wir etwas für den Klimaschutz tun. Das sollten wir auch tun, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie können mich gerne logisch widerlegen. Ich glaube aber, das wird Ihnen nicht gelingen.

Zum Schluss möchte ich noch eine Anmerkung machen. Ich bin vor Kurzem Onkel geworden. Das ist supererfreulich. Ich weiß auch, dass viele von Ihnen kleine Kinder oder Enkelkinder haben. Wenn wir über Klimaschutzpolitik reden, dann reden wir immer über wahnsinnig lange Zeiträume. Das Jahr 2050 führen wir immer im Mund. Im Jahr 2050 ist mein Neffe 32 Jahre alt. Dann ist er jünger als ich heute bin. Viele von den Kindern, die heute geboren werden, werden das Jahr 2100 noch erleben.

Aus dem Grund machen wir hier nicht nur Politik für heute und für morgen und für 2020, sondern wir machen Politik im Lichte dieser Entwicklung. Ich wünsche mir auch für 2050, 2060 oder 2100 noch ein lebenswertes Leben für diese Kinder in Deutschland und in anderen Ländern.

Deswegen ist das, was wir machen, vollkommen richtig. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Untrieser. – Als nächster Redner … – Entschuldigung, die Fraktion der AfD hat eine Kurzintervention des Abgeordneten Wagner angemeldet. Die können Sie auch von Ihrem Platz aus beantworten. – Zunächst hat aber Herr AbgeordneteR Wagner für 90 Sekunden das Wort. Bitte sehr.

Markus Wagner (AfD): Kollege Untrieser, das war ein beeindruckender Vortrag mit sehr vielen Unterpunkten. Ein paar Dinge – so viele sind es nicht – möchte ich allerdings klarstellen–

Erstens. Wir verbreiten die gegenteilige wissenschaftliche Meinung. Ich finde es schon sehr anständig, dass Sie hier überhaupt zugeben – das habe ich hier im Hause noch nicht oft gehört –, dass es im Zusammenhang mit dem Klimawandel eine andere wissenschaftliche Überzeugung gibt. Wir verbreiten sie nicht deswegen, weil wir sie für die einzige Wahrheit halten, sondern weil wir die einzige Fraktion sind, die diesen wissenschaftlichen Ansätzen überhaupt eine Stimme gibt.

(Vereinzelt Beifall von der AfD)

Zweitens. Sie haben auf vielen Umwegen dargestellt, dass es den vom Menschen gemachten Klimawandel geben könne und dass man etwas dagegen tun müsse, damit man etwas getan hat.

Wir stellen mal fest, dass alle Maßnahmen, die bislang ergriffen worden sind, nicht zu irgendeinem messbaren Erfolg geführt haben. Das ist das eine. Und wenn wir ein bisschen in die Vergangenheit zurückblicken, stellen wir fest: Zumindest ist mir kein Computermodell von vor 20 Jahren bekannt, das heute so eingetroffen wäre, wie damals prognostiziert. Von daher ist diese Haltung in meinen Augen Alarmismus.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Dr. Untrieser, jetzt ist das Mikro für Sie freigeschaltet.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Vielen Dank. – Ich nehme erstaunt zur Kenntnis, dass für Sie schon vier Varianten zu viel und zu kompliziert sind.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das ist interessant, weil wir in der Politik gerade auch hier in diesem Bereich

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

von wesentlich komplexeren Zusammenhängen reden. Aber vier Varianten sind Ihnen schon zu viel; das ist in Ordnung.

(Zurufe von der AfD)

Sie sagten auch, es gibt mehrere Wissenschaftler – das habe ich selber ausgeführt –, die unterschiedliche Theorien verfolgen. 90 % bis 95 % von ihnen sagen das, was ich gerade dargestellt habe. Aber darum ging es mir gar nicht. Es ging mir um die Logik. In Ihrer Politik fehlt die Logik vollkommen. Es hilft auch nicht, wenn Sie Ihre Lügen hier dauernd weiter verbreiten. Vielmehr müssen Sie in den Spiegel schauen und sich Ihrer Verantwortung gerecht werden.

Ob in 50 oder 100 Jahren – das habe ich auch gesagt – diese Wissenschaftler die besseren Ergebnisse gehabt haben und wir so oder so entschieden haben, können wir heute nicht wissen. Aber die Verantwortung, die Sie heute – auch in diesem Hohen Haus – haben, nimmt Ihnen keiner ab. Der müssen Sie gerecht werden. Das haben Sie in den letzten anderthalb Jahren auf keinen Fall gemacht. Deswegen ist das, was Sie mit Ihrem heutigen Antrag vorlegen, absoluter Unsinn.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Untrieser. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Stinka das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns schon des Öfteren mit Anträgen der AfD-Fraktion beschäftigt, bei denen die AfD den Blick in die Vergangenheit gerichtet hat. Aber dass Sie 500 Jahre zurückgehen und die Dürreperiode von 1540 ansetzen, schlägt dem Fass den Boden aus.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der AfD)

Sie schauen 500 Jahre zurück. Für Politiker ist es wichtig, in die Zukunft zu blicken. Sie schaffen es immer, die Geschichte so lange zu biegen, bis Sie irgendein Datum finden. Ich sage Ihnen: Unsere Fraktion wartet mit Spannung auf den Antrag, in dem die Schöpfungsgeschichte hier noch mal vorgetragen wird.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Darauf warten wir. Wir sind auf jeden Fall gewappnet, um diesem Antrag zu begegnen.

Es ist so – auch bei 500 Jahren zurück –, dass Herr Vogel mal wieder Teile des Antrags in seiner Rede gar nicht erwähnt hat. Sie haben so harmlos über die Rheinvertiefung gesprochen. Sie sprechen zum Beispiel von Klimakolonialismus etc.

Da ich weiß, dass Sie gar nicht fähig sind, Argumente aufzunehmen, will ich Ihnen Folgendes sagen: Ich war in der vergangenen Woche bei einer Veranstaltung eines MDAX-Konzerns namens Evonik. Er hat sich mit dem Beitrag der Industrie zur Erreichung des Zwei-Grad-Ziels beschäftigt.

Sie glauben der SPD nicht, das ist klar. Aber ich glaube nicht – weil Herr Wagner das gerade sagte –, dass ein Evonik-Konzern, der weltweit aufgestellt ist, zu Alarmismus neigt und sich dann auch noch einer Veranstaltung stellt. Auf dieser Veranstaltung waren die größten MDAX- und DAX-Unternehmen Deutschlands versammelt. Sie alle haben über Nachhaltigkeit diskutiert. Sie alle haben das Zwei-Grad-Ziel akzeptiert. Wir sind da als Sozialdemokraten gar nicht so stark verankert. Aber die glauben an Zukunft und an neue Produkte und nicht an 1540, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Darauf kommt es an. Wir müssen den Standort nach vorne bringen. Deswegen ist Evonik bei dieser Frage mein Pate. Da wurde klar diskutiert. Auch Frau Schulze, die Sie verunglimpft haben, war da und hat sich der Frage gestellt.

Wenn Sie mit Ihrem billigen 1540-Antrag hier den Chemie-, den Industrie- und den Klimastandort kaputtreden wollen, werden wir dafür sorgen, dass das die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer draußen erfahren. Da können Sie ganz sicher sein.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und der AfD – Zurufe von der AfD)

Ich komme zum Schluss. Wenn Sie in Ihrem Antrag den Menschen von anderen schutzwürdigen Gütern trennen, sage ich Ihnen eines: Luft zum Atmen brauchen auch Sie. Eine gesunde Umwelt brauchen auch Sie. Wer das auseinanderdividiert, hat Ökologie überhaupt nicht verstanden. – In dem Sinne vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stinka. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Brockes das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben wieder einen Antrag der AfD-Fraktion mit einem Sammelsurium an Forderungen, um Ihrer Überzeugung nachzukommen, dass der Mensch das Klima nicht beeinflusst.

Bei Ihrem Antrag wundert es mich, um es direkt zu sagen, dass einer in der Debatte fehlt: der Kollege Blex. Was haben Sie mit ihm gemacht? Normalerweise ist es so, dass beim Thema „Klimaschutz“ der Kollege Dr. Blex – so wie Gargamel gegen die Schlümpfe – gegen den Klimaschutz zu Felde zieht. Aber er ist bei der Debatte nicht anwesend.

(Beifall von der FDP)

Vermutlich hat er wieder irgendwelche Termine mit Herrn Höcke, von denen der Rest nichts wissen darf. Aber Sie haben auch vergessen, seinen Namen auf den Antrag zu setzen. Also, was ist da Sache? Steht er nicht zu diesem Antrag? Man sollte meinen, das wäre eigentlich sein Thema. Er hat vorhin auch schon versucht, dagegen zu Felde zu ziehen.

Meine Damen und Herren, von daher bin ich schon gespannt, ob die AfD-Fraktion wirklich in Gänze hinter diesem Antrag steht. Ich denke, es sind schon erste Auflösungserscheinungen bei diesem Thema erkennbar.

(Lachen von der AfD)

Aber kommen wir zum eigentlichen Antrag. Während wir darüber streiten, welcher Weg der beste ist, um unserer Verantwortung für den Klimaschutz gerecht zu werden, sagen Sie natürlich: Es ist überhaupt kein Problem vorhanden, also brauchen wir auch keine Lösungen. – Aber es ist schon bemerkenswert, wenn Sie jetzt auf einmal den Bevölkerungsschutz in den Vordergrund stellen.

(Helmut Seifen [AfD]: Der steht bei uns immer im Vordergrund!)

Ich sage Ihnen eines ganz klar: Klimaschutz ist Teil des Bevölkerungsschutzes.

(Christian Loose [AfD]: Das ist Abzocke!)

Wenn wir dafür sorgen wollen, dass extreme Wettersituationen nicht so häufig vorkommen, dann müssen wir unsere Hausaufgaben machen. Deshalb komme ich auch gern zu dem wichtigen Teil, bei dem Sie von einem Ablasshandel reden; das ist die CO_2-Bepreisung.

Wir liegen oft genug mit den anderen Fraktionen auseinander, was die Frage angeht, welches die wirksamsten Methoden sind, um den Klimaschutz zu erreichen. Da sind wir als Liberale natürlich für eine marktwirtschaftliche Lösung. Wir wollen dem CO_2 einen Preis geben. Nicht national, weil das einem globalen Problem nicht gerecht würde, sondern zumindest auf europäischer Ebene, eher weltweit. Da, meine Damen und Herren von der AfD, zeigt sich dann auch, dass Sie weit von marktwirtschaftlichen Lösungen entfernt sind, wenn Sie dies negieren und von einem Ablasshandel reden.

Ich hatte meiner Fraktion versprochen, dass ich es kurz mache. Es ist ein wichtiges Thema. Dem wird der Antrag leider nicht gerecht. Trotzdem stimmen wir der Überweisung in den Ausschuss zu und werden gern die Debatte dort fortführen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Sie sehen, dass das Lämpchen für die Kurzintervention angezeigt wird. Der Abgeordnete Seifen hat eine Kurzintervention angemeldet. Er hat jetzt das Wort für 90 Sekunden.

Helmut Seifen (AfD): Vielen Dank, Herr Brockes. Ich nehme an, die Umweltministerin ist nicht mehr da. Ich denke, dass auch Herr Dr. Blex den Plenarsaal verlassen hat.

(Zuruf von der AfD: Die sind zusammen gegangen!)

– Es gibt vielleicht auch noch andere Gründe, ich weiß es nicht.

(Minister Hendrik Wüst: Streuen Sie hier keine Gerüchte!)

Außerdem möchte ich ausdrücklich betonen, auch für das Protokoll: Gerade uns liegen Naturschutz und Menschenschutz sehr am Herzen. Wir möchten, dass sie in einer sehr guten Natur und Umwelt leben. Wir möchten aber nicht, dass den Menschen vorgegaukelt wird, dafür müssten sie Unsummen ihres Geldes für Strom ausgeben. Der wird ja nächstes Jahr noch teurer.

Das heißt also, wir möchten die Natur und die Umwelt bewahren und den Menschen schützen und ihm eine lebenswerte Umwelt bieten, ohne dass er von allen möglichen Leuten abgezockt wird, weil Sie hier die Angst vor irgendeiner Klimaänderung schüren, die der Mensch verursacht haben soll.

Das Klima ändert sich natürlich. Klimamodelle – ich bitte Sie wirklich, Herr Brockes; das möchte ich auch Herrn Stinka mitgeben – kann man doch nur über lange Zeiträume beobachten. Die Eintagsfliege wird natürlich sagen, in Deutschland regnet es immer, wenn sie zufällig an einem Tag lebt, an dem Regen fällt.

Wenn Sie sich die Klimamodelle anschauen – darüber gibt es interessante Fernsehfilme –, werden Sie sehen, dass sich das Klima in den letzten 2.000 Jahren wahnsinnig stark geändert hat. Erklären Sie mir mal, wie die Eiszeit zu Ende gegangen ist. Waren daran auch die Menschen schuld?

Wenn wir hier seriös argumentieren, bitte ich Sie wirklich, diese Dinge zu beachten und vielleicht auch einmal in die Geschichte zu blicken und nicht nur auf die Jahre zwischen 1970 und 2018.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr, Herr Kollege Brockes, Sie haben 90 Sekunden für die Entgegnung.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Kollege Seifen, im Gegensatz zur Umweltministerin ist der Kollege Blex gewählter Abgeordneter und hat deshalb meines Erachtens bei diesen Themen hier und bei der Sitzung heute anwesend zu sein,

(Christian Loose [AfD]: So wie der Rest von Ihnen! – Nic Peter Vogel [AfD]: Volles Haus hier!)

während die Themenfelder der Ministerin schon abgearbeitet sind.

Ich will jetzt nicht auf alle Punkte eingehen, weil ich, wie gesagt, meiner Fraktion ein Versprechen gegeben habe. Nur, wenn Sie auf einmal auch den Naturschutz entdeckt haben, dann freue ich mich auf den ersten Antrag der AfD-Fraktion zu diesem Thema hier im Plenum. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brockes. – Als nächste Rednerin hat nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Brems das Wort. Bitte sehr.

Wibke Brems (GRÜNE): Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu später Stunde noch ein neuer Aluhut-Antrag der Rechtspopulisten und Klimawandelleugner. Weil die Folgen des Klimawandels von rational denkenden Menschen eigentlich nicht mehr zu leugnen sind,

(Helmut Seifen [AfD]: Sie sind doch Romantikerin!)

nennt sie die AfD jetzt einfach adaptiven Bevölkerungsschutz. Das ist schon beinahe Realsatire.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann ist sich die AfD in ihrem Antrag nicht einmal zu schade, seriöse Klimaforscher als Referenz für ihre kruden Aussagen heranzuziehen. Sie haben in dem Antrag eine Studie zitiert. Als angeblichen Beweis dafür, dass der Dürresommer 2018 keine Folge des menschengemachten Klimawandels sei, verweisen Sie auf das Jahr 1540. Niemand bezweifelt, dass die Dürre und Hitze im Jahr 1540 extrem war und vielleicht sogar heutige Temperaturrekorde übertraf.

Aber selbst einer der Autoren der von der AfD zitierten Studie warnt in einem Interview davor, hieraus falsche Schlüsse zu ziehen. Er sagt, solche Ausreißer wie 1540 gab es immer, allerdings extrem selten. Heute müsse man dagegen von einem Trend sprechen. „Was wir derzeit erleben, zeigt an, wie die normalen Sommer der Zukunft aussehen. Dazu kommen Extreme, die wir noch nie gesehen haben“, warnt Herr Pfister, der auch Autor dieser Studie ist.

Ich muss noch einmal ganz klar sagen, dass es im letzten Satz der von der AfD als Kronzeugin herangezogenen Studie sinngemäß übersetzt heißt:

Kenntnisse über dieses Extremereignis von 1540 sind wichtig, um die durch den Klimawandel bevorstehende Häufung derartiger Ereignisse zu verstehen und uns darauf einstellen zu können.

Ich finde, es gleicht einem Schlag ins Gesicht dieser anerkannten Forscher, dass ihre Studien von der AfD derart missbraucht werden.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Wissenschaftliche Studien nur selektiv wahrnehmen zu können,

(Helmut Seifen [AfD]: Da sind Sie doch Experte!)

damit ist die AfD leider in schlechter Gesellschaft mit anderen dumpfen Populisten. Präsident Trump hat vor ein paar Tagen eine wissenschaftliche Studie seiner eigenen US-Behörden vorgelegt bekommen. Die stellt dar, dass sich bis Ende des Jahrhunderts in einigen Wirtschaftsbranchen in den USA die jährlichen Verluste auf Hunderte Milliarden Dollar belaufen dürften.

Über den Aspekt dieser wirtschaftlichen Einbußen durch den Klimawandel sagt Trump: Glaube ich nicht! – Mich erinnert das ziemlich an die AfD. Man kann Fakten vorlegen, und die AfD stampft wie ein kleines trotziges Kind mit dem Fuß auf und sagt: Glaube ich nicht!

(Zurufe von der AfD)

– Haben Sie es bald?

(Markus Wagner [AfD]: Nein, ich kann noch mehr!)

Sie sind ja nachher noch dran, leider, von daher können Sie dann ja reden.

(Zurufe von der AfD)

Ich hätte mir nicht träumen lassen, dass ich als Energie- und Klimapolitikerin hier im Landtag einmal über Nationalismus spreche. Das sind eigentlich Themen für andere.

(Zurufe von der AfD)

Und dann auch noch in einem Fall, in dem die Rechtspopulisten der AfD gegen Nationalismus sind, denn sie beklagen angeblichen Klimanationalismus!

(Zurufe von der AfD)

Es ist ja auch kein Wunder, dass Sie als Rechtspopulisten dagegen sind; schließlich geht es beim Klimaschutz um Verantwortung. Es geht um unsere Verantwortung als Industrieland, um unsere Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen. Es geht um unsere Verantwortung anderen Ländern gegenüber.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Und dass die AfD verantwortungslos ist, ist nun wahrlich nichts Neues.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Allerdings muss ich sagen, dass die AfD leider nicht alleine dasteht, wenn sie vom Klimanationalismus schwadroniert. Denn seit Anfang dieses Jahres tourt der FDP-Chef Lindner mit dem Begriff „Klimanationalismus“ durch Deutschland

(Zurufe von der FDP: Oh! – Zurufe von der AfD)

und festigt damit auch sein Image des vor Verantwortung Fliehenden. Ich bin mir sicher, diese Wortwahl benutzt Herr Lindner ganz bewusst, fischt er doch in den letzten Jahren immer wieder gerne am rechten Rand.

(Zurufe von der FDP und der AfD)

Ich finde diese Wortwahl sehr gefährlich; denn Christian Lindner macht dadurch die Sprache der Rechtspopulisten erst salonfähig.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP und der AfD)

Es reicht nämlich nicht, sich von der AfD abzugrenzen, indem die FDP sich zu den Pariser Klimazielen bekennt, wie das eben Herr Brockes auch netterweise getan hat, wenn man gleichzeitig jede Maßnahme vor Ort kritisiert, de facto als Fortschrittsverweigerer auftritt und den Ausbau der erneuerbaren Energien blockiert.

Die FDP hat ihren letzten Wahlkampf unter der Überschrift „Mut“ geführt. In Wahrheit haben auch Sie Angst: Angst vor Verantwortung, Angst vor Veränderung und vor den Rechten. Doch Angst war aus meiner Sicht noch nie ein guter Ratgeber.

(Helmut Seifen [AfD]: Die Grünen hatten 40 Jahre Angst vor Atomkraft! – Weitere Zurufe von der FDP und der AfD)

Sehr geehrter Herr Minister Pinkwart, ich finde, spätestens die Nachrichten der letzten Tage sollten Sie wachgerüttelt haben und zu einer Kurskorrektur bewegen. Die letzten Tage zeigten, dass die CO_2-Konzentration erneut einen Höchststand erreicht hat. Das Umweltprogramm der UN mahnt, dass die Anstrengungen gegen den Klimawandel mindestens verdreifacht werden müssen. Sie müssen sich in den kommenden Wochen in Kattowitz für einen der Realität der Klimakrise angemessenen radikalen Klimaschutz einsetzen.

Ich fordere Sie zudem auf: Lassen Sie uns diesem Populismus von rechts gemeinsam den Kampf ansagen! – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Brems. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort. Bitte sehr, Herr Minister.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem ich heute Morgen auf dem Weg zum Flug nach Berlin, wo ich an einer Sitzung der Unterkommission der WSB-Kommission teilnehmen durfte, in einer auf Bemühen der AfD-Fraktion erstellten Ausarbeitung des wissenschaftlichen Dienstes gelesen habe, dass sich Minister im Parlament durchaus auch im weiteren Sinne äußern und dabei auch eine parteipolitische Prägung in ihren Ausführungen darlegen dürfen, fühle ich mich noch befreiter, dies hier zu tun.

Liebe Frau Brems, dass Sie eine Äußerung des FDP-Bundesvorsitzenden, der hier viele Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte im Landtag mitgewirkt hat, mit Rechtspopulismus bezeichnen, weise ich aufs Schärfste zurück.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wenn der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion sich dahin gehend äußert – er hat den Begriff des Klimanationalismus tatsächlich geprägt –, dann hat das eine ganz andere Perspektive als die, die Sie hier dem Thema beimessen. Er hat darauf aufmerksam gemacht, dass wir Klimaschutz nicht alleine regional oder national lösen können, noch nicht einmal europäisch, sondern nur global.

Deshalb hat es ja dieses Bemühen gegeben, in Paris zu einem globalen Klimaschutzabkommen zu gelangen. Da muss jeder seinen Beitrag leisten, aber wir können es nur zusammen. Das ist das, was Christian Lindner zum Ausdruck gebracht hat.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Zweitens hat Christian Lindner – darüber müssen wir auch nachdenken – gesagt: Wenn wir Mittel in die Hand nehmen, um zum globalen Klimaschutz beizutragen, müssen wir abwägen, welche Instrumente die größere Wirkung haben.

Das ist immer so. Es ist ein ökonomischer Grundsatz, dass man dort besonders effektiv sein kann, wo man die höchste Hebelwirkung hat. Es kann natürlich Maßnahmen geben, wenn Sie etwa an die Abholzung des Regenwaldes denken, wo es viel sinnvoller ist, Mittel in die Hand zu nehmen, um der Abholzung des Regenwaldes zu begegnen, als diese Mittel hier einzusetzen.

(Beifall von der FDP)

Wir könnten durch solche Maßnahmen ein Vielfaches erreichen. Darüber muss man bei knappen Ressourcen auch miteinander reden können. Deswegen ist es wichtig, dass sich die Entwicklung zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch darauf ausrichtet – auch bei Wanderungsthemen, bei Migrationsthemen, die wir auch zu diskutieren haben –, hierzu Beiträge zu leisten. So habe ich das jedenfalls verstanden.

Jetzt komme ich zum Antrag der AfD. Wenn wir uns auch hier bemühen müssen – da sind wir in Nordrhein-Westfalen gesetzlich gebunden; wir sind national gebunden, weil Deutschland dem Pariser Klimaschutzabkommen beigetreten ist –, unseren Beitrag zu erbringen, dann hat das noch andere Implikationen. Eine ist, dass wir einen Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten. Aber wir leisten doch auch einen Beitrag dazu, dass wir, was die Fähigkeiten der Weltbevölkerung anbetrifft, Klimaschutz wirksam durchzusetzen, mithilfe von Innovationen besser werden.

Das ist doch der Erfolg, den wir im Umweltschutz schon über Jahrzehnte erreicht haben. Wenn wir vorangehen und neuere Methoden entwickeln, dann schaffen wir es nicht nur, sie hier einzusetzen, um einen nationalen Beitrag zu leisten, sondern wir leisten mit moderneren Produkten auch einen Beitrag zur Verbesserung des Weltklimas.

Stichwort „Mobilität“. Worin bestehen denn die Verfehlungen unserer nationalen CO_2-Ziele? Sie sind überwiegend im Mobilitäts- und Wärmebereich zu finden, weil wir darin nicht so innovativ waren. Ich erinnere mich, dass die deutsche Bundeskanzlerin vor zwei Jahren nach China reisen musste, um eine Quote für Elektromobilität wegzuverhandeln, die man uns in China vorgeben wollte, weil man die Frage nach dem Klimaschutz dort anders beantworten will, nämlich durch den Einsatz neuer Technologien.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wir haben das in Nordrhein-Westfalen sofort aufgegriffen und haben uns entschieden, ebenfalls für neue Antriebstechnologien, für Elektromobilität und für die Brennstoffzelle, offen zu sein. Wir brauchen klimafreundliche Antriebsmöglichkeiten – nicht nur für uns, sondern auch mit dem Interesse, dass unsere exportorientierte Industrie ihre Produkte auch in Zukunft noch auf den Wachstumsmärkten verkaufen kann.

Es ist doch bemerkenswert, dass auch die Autokonzerne das auf einmal verstanden haben. Nachdem Produkte von StreetScooter und e.GO auf den Markt gekommen sind, entscheidet sich jetzt auch VW im großen Stil, Elektroautos für den Weltmarkt zu produzieren, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu sichern.

Wenn Sie nicht daran glauben, dass das das sinnvoll ist, müssen Sie doch sehen, dass wir, wenn wir schon hier nicht mehr tun, auch global keinen hinreichenden Beitrag leisten können und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie unterminieren. Aus diesem Grund wollen wir, dass hier hohe Standards durchgesetzt werden können, damit wir Schritt halten und nicht am Ende die klimafreundlichen Technologien aus China einkaufen müssen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Nic Peter Vogel [AfD])

Die Frage ist jetzt, wie wir neben der Verbesserung des Klimaschutzes durch eigene Maßnahmen und Innovation auch in der Industrie weiterkommen. Wir haben uns viel vorgenommen, und das muss umgesetzt werden, Stichwort: „Energiewende“. Wir haben noch sehr viel zu tun.

Soweit es schon negative Auswirkungen gibt – und die sind zu beobachten; mit dem von Ihnen angeführten Wert aus dem 16. Jahrhundert können Sie empirisch nicht punkten; die Aufnahmen der letzten Jahrzehnte beschreiben schließlich einen klaren Trend –, bringen diese auch Herausforderungen mit sich. Klimaanpassungsmaßnahmen sind notwendig. Sie gehen in Ihrem Antrag auf den Hochwasserschutz ein. Die Mittel hierfür sind von dieser Regierung in 2018 von 50 Millionen Euro auf 55 Millionen Euro erhöht worden. Hier wird also gehandelt.

Der Verkehrsminister und die Landesregierung sind auch bei der Abladeoptimierung und der Sohlestabilisierung – Sie sehen, lieber Herr Wüst, ich habe versucht, mich in Ihrem Sinne einzuarbeiten – im Rahmen der sogenannten Rheinvertiefung unterwegs. Wir haben uns im Bundesverkehrswegeplan dafür eingesetzt, bis Koblenz, zumindest aber bis Bonn, entsprechende Maßnahmen bis 2030 durchzusetzen.

Bisher konnte erreicht werden, dieses Anliegen zwischen Duisburg und Stürtzelberg – das ist das Pro-

jekt W27 – in den vordringlichen Bedarf aufzunehmen. Wir wollen das mindestens bis Bonn erweitern. Daran arbeiten wir. Sie sehen, auch hier sind wir aktiv.

Mein letzter Punkt betrifft den CO_2-Preis. Erst einmal müssen wir feststellen, dass die CO_2-Mengen in Nordrhein-Westfalen zu 70 % dem ETS-Regime unterliegen. Das funktioniert hervorragend. Wir sehen derzeit, dass die ETS-Zertifikatspreise steigen, und schon passt sich die Wirtschaft an. Das heißt, es handelt sich um ein gutes Instrument, das bereits wirkt.

Ob es gelingen kann, den CO_2-Preis auch auf andere Sektoren zu beziehen, wird davon abhängen, inwieweit es gelingt, vorher oder im Gleichlauf andere Steuern und Abgaben auf diese Sektoren zu vermindern. Denn eines ist klar: Die Verbraucher und die Unternehmen in Deutschland sind gerade im Energiesektor in höchstem Maße belastet, und wir können die Belastung nicht noch weiter erhöhen.

Wenn wir eine CO_2-Preissteuerung einführen würden, die ich ordnungspolitisch für richtig hielte, müssten andere Steuern und Abgaben im Gegenzug gesenkt werden, sonst ist das nicht verantwortlich. Sollte dies gelingen – und zwar nicht nur national, sondern vielleicht auch europäisch oder global –, wäre das ein Steuerungsinstrument, das dabei helfen könnte, dass sich die besten Technologien durchsetzen, um dem Klimawandel zu begegnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Für die AfD-Fraktion hat nun Herr Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben noch einmal die Kurve gekriegt, Herr Professor Pinkwart, und sind auf die Rheinvertiefung eingegangen; alle anderen leider nicht. Sie sprachen aber auch die Wettbewerbsfähigkeit an, Herr Pinkwart. Das Problem ist: Diese wird durch die hohen Energiepreise in Deutschland zerstört.

Herr Untrieser, es ist schön, dass Sie jetzt einen neuen Enkel oder Neffen haben. Ich weiß nicht mehr, was es war.

(Zuruf: Enkel! – Heiterkeit von der SPD)

Ich glaube, einen Neffen.

Ich habe das mal für Sie durchgerechnet. Sie sagen, in 2050 wäre Ihr Neffe 32 Jahre alt. Wenn Sie in der Energiepolitik so weitermachen wie bisher, haben Sie für Ihren Neffen 800 Milliarden Euro an Schulden aus dem EEG angehäuft, und zwar nur von heute an gerechnet.

Es gibt mehr Varianten als diejenigen, die Sie aufgeführt haben. Sie haben nur eine Denkrichtung betrachtet, nämlich wie es gelingt, den Klimawandel aufzuhalten. Man kann sich aber um die Folgen des Klimawandels kümmern, und dabei entstehen wesentlich mehr Varianten. Naturschutz ist nun einmal – Herr Seifen sagte es schon – etwas anderes als Klimaschutz.

Herr Untrieser, 97 % der Wissenschaftler sagen, dass es einen Klimawandel gibt, und wir als AfD sagen das auch. 97 % der Wissenschaftler sagen, dass der Mensch einen Einfluss auf den Klimawandel hat, und das sagen auch wir. Aber diese Wissenschaftler sagen eben nicht, dass der Mensch der Haupteinflussfaktor für den Klimawandel ist.

(Helmut Seifen [AfD]: Genau!)

Herr Brockes, Sie behaupten tatsächlich, Sie seien als FDP in irgendeiner Weise marktwirtschaftlich, weil Sie den CO_2-Handel favorisieren. Das würde stimmen, aber dann dürften Sie keine Subventionen für Solar und Windkraft machen; denn das konterkariert genau dieses marktwirtschaftliche Instrument. Damit sind Sie sozialistisch unterwegs, Herr Brockes.

(Beifall von der AfD – Dietmar Brockes [FDP]: Wir wollen das EEG abschaffen!)

– Machen Sie es! Dann sind wir dabei. Die Zuschauer haben es nicht gehört: Herr Brockes sagte, er will das EEG abschaffen. Wir sind dafür.

Es gehört zur Aufgabe des Staates, die eigene Bevölkerung zu schützen. Dazu gehört auch der Schutz vor den Folgen von Naturkatastrophen. Wir wollen diesen Schutz mit unserem Antrag stärken und schlagen Ihnen geeignete Maßnahmen vor.

Die von Ihnen allen vorgeschlagenen Maßnahmen zum sogenannten Klimaschutz zeigen sich aber seit 20 Jahren wirkungslos, lieber Herr Untrieser. Ihre klimanationalen Alleingänge verpuffen in einem vorhandenen EU-weiten Zertifikatesystem völlig. Was wir in Deutschland an CO_2 einsparen, können die Polen wieder mehr emittieren.

Was zudem beachtet werden muss – das geht jetzt vor allem in Richtung von Frau Brems –: Die weltweit größten Emittenten wie China und Indien sind ohnehin von allen Verpflichtungen befreit und bauen fleißig weiter Kohlekraftwerke. Das heißt, wenn Sie einen Anstieg der CO_2-Emissionen beklagen, dann müssen Sie bitte mit den Chinesen und mit den Indern reden.

Fangen wir deshalb endlich an, die Folgen des Klimawandels zu bekämpfen, Herr Untrieser, und befreien wir uns endlich von Ihrer wirtschaftsfeindlichen Politik. Kein anderes Land belastet seine Bürger und

seine Unternehmen derart stark durch den sogenannten Klimaschutz, wie Sie das hier in Deutschland tun. Die Klimaschutzpolitik und Ihre Ökopolitik sind zudem im Kern eine asoziale Politik; denn bezahlen muss es am Ende – ja, Herr Rehbaum – der Malocher, der jeden Morgen aufsteht und zur Arbeit fährt.

Ziehen wir doch einmal eine Bilanz dieser Politik: Vor 20 Jahren lag der Strompreis bei 16 Cent. Jetzt liegt er bei 30 Cent – er hat sich verdoppelt! Vor 20 Jahren waren Diesel und Benzin halb so teuer: 1 Liter Diesel kostete 58 Cent, jetzt 1,30 Euro.

Und wie sieht im Gegenzug die Entlastung der Bürger aus? – Die Pendlerpauschale lag 1998 bei 36 Cent, jetzt bei 30 Cent – das ist ein Minus von 15 %. Mineralölsteuer und EEG-Steuer pressen mitsamt der dazugehörigen Mehrwertsteuer jährlich 80 Milliarden Euro aus unseren Bürgern. Das ist für jeden Bürger rein rechnerisch 1.000 Euro pro Jahr. Das heißt, eine vierköpfige Familie wird rechnerisch jedes Jahr mit 4.000 Euro zur Kasse gebeten. Ist das die Politik der sozialen Gerechtigkeit?

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Ich finde, nicht. Aber das scheint seit Langem gar nicht mehr Ihr Ziel zu sein. Sie wollen sich stattdessen auf Kosten unserer Bürger, unserer Steuerzahler als Retter des Klimas aufspielen. Diese Politik hat aber auch ihre Grenzen. In Frankreich zeigen das gerade 280.000 Franzosen, die gegen solch eine Politik auf die Straße gehen.

(Beifall von der AfD)

Wir sind zuversichtlich, dass sich unsere Deutschen die Politik der Altparteien auch nicht mehr allzu lange gefallen lassen. Wir zeigen mit unserem Antrag, dass es Lösungsmöglichkeiten gibt. Damit können die Bürger sehen, dass wir einen Politikwechsel wollen und auch durchführen möchten. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Loose. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Deshalb kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt **Überweisung** des **Antrags Drucksache 17/4295** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung** – federführend –, den V**erkehrsausschuss** sowie den **Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**. Die abschließende Abstimmung findet im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung statt. Wer stimmt dem zu? – Gibt es dazu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nicht der Fall. Damit ist einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

5 Gesetz zur Zustimmung zum Zweiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zweiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung weiterer Gesetze (17. Rundfunkänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4220

erste Lesung

Herr Ministerpräsident Laschet hat seine **Einbringungsrede zu Protokoll** gegeben. Eine weitere Aussprache ist hier nicht vorgesehen.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 17/4220** an den **Ausschuss für Kultur und Medien** – federführend – sowie an den **Hauptausschuss**. Ist jemand dagegen? – Nein. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Dann ist einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

6 Zweites Gesetz zur Änderung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4303

erste Lesung

Herr Minister Dr. Stamp hat seine **Einbringungsrede zu Protokoll** gegeben. Eine weitere Aussprache ist auch hier nicht vorgesehen.

Wir können also gleich abstimmen. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 17/4303** an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Also, alle sind für die Überweisung. Dann wird auch das passieren.

7 Gesetzes zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4304

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs macht sich der für die Landesregierung zuständige Verkehrsminister Herr Wüst auf den Weg ans Pult. – Bitte schön.